

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt Nr. 22.  
Telefon Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkommissars Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Dresden 1824.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 116.

Donnerstag, 19. Mai 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Interesses von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Abgaben für die Nummer des Tagesabendes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibgröße (6 Ellen) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restlamelle 100 Gold-Pfennige. Zusätzliche und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Weghler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langes & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Der Reichstag über Völkerrecht im Weltkrieg.

### Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Die Seite, die heute eine Karte für die Aufnahmeverhältnisse des Reichstages erobert hatten, machten enttäuschte Gesichter. Sie waren in der heißen Hoffnung gekommen, endlich einmal die Geschichte miterleben zu dürfen. Sie hatten von beiden Redeschlechtern, von einer wilderredenden Sitzung getraut und mußten nun den kundenartigen Monolog über sich ergehen lassen, mit dem der Zentrumsgabgeordnete Beck den Bericht des 30. Untersuchungsausschusses gab. Der einzige Trost war noch, daß auf der Ministerbank alle Prominenten versammelt waren. Marx, Herzog und Stresemann wollten durch ihre Anwesenheit offenbar die Bedeutung unterstreichen, die die Ergebnisse der Arbeit des Untersuchungsausschusses haben. Es zweifelt auch kein Mensch daran, daß der Ausschuss mit seinen vier Untersuchungsmitgliedern mit echt deutscher Gründlichkeit eine ansehnliche Arbeit geleistet hat, aber man wird das Gefühl nicht los, daß diese ganze Anstrengung und all der aufgewandete Fleiß im Grunde verlorenes Liebesmüß sind, und daß diese ganze Arbeit keine praktischen Ergebnisse haben wird. So liegt denn von Anfang an eine gewisse Resignation über dem Hause. Die Abgeordneten kommen und gehen, man unterhält sich, liest die Zeitung, kurz, ist so unruhig, daß der Präsident ohne Bitten muß, doch etwas mehr Ruhe zu halten. Die Folge dieser freundlichen Aufforderung ist, daß Bell vor fast leeren Bänken weiter sprechen muß. Alles, was er sagt, ist richtig und sachlich unantastbar, widerlegt auf Grund höchstlicher Beweise für immer das Märchen von den deutschen Kriegsverbrechen. Aber in den Weltkriegen der wenigen Abgeordneten, die noch zuhören, steht klar die Erkenntnis, daß die Arbeit nicht über den Reichstag, nicht über Deutschlands Grenzen hinausdringen wird. Ja, wenn die deutsche Volkspartei in der folgenden Aussprache einmütig von links bis rechts auf Grund des ihr vorgelegten Materials endlich gegen die Schuldfrage aufbegehren würde, dann wäre vielleicht ein Erfolg zu erhoffen, aber auch nur dann; sonst wird der Ausschuss, wie Bell heute verurteilt, noch 100 Sitzungen abhalten können, wird noch mehr Beweise herausbringen, wird die dicken Bände mit seinen Untersuchungsergebnissen füllen, und das alles würde doch nicht so viel Erfolg haben, wie die Tatsache, daß das deutsche Volk wenigstens in dieser Frage einig zusammenhängt.

### Der Sitzungsbericht.

Abd. Berlin, am 18. Mai, 15 Uhr.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Beratung des Berichts des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Den Bericht über die

### Völkerrechtsverletzungen im Weltkrieg

Abd. Dr. Bell (Str.): Die Nationalversammlung hatte dem Ausschuss die Frage vorgelegt, ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder geboten worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzen oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren. Die Verletzung der belagerten Neutralität durch den deutschen Einmarsch bei der Ausübung noch nicht abschließend behandelten Völkern gegen das deutsche Meer haben den Hanger Vorschriften über den Volkstempel nicht ganz entsprechen. Ob die Deportation belagerten Arbeiter 1918/17 völkerrechtswidrig war oder nicht, läßt die Mehrheit des Ausschusses unentschieden, die Minderheit bejaht die Völkerrechtsverletzung. Ähnliche in der Ausführung sind einstimmig festgestellt. Der Untersuchungsausschuss ist als Repräsentant gegen die völkerrechtswidrige englische Blockade für zuständig erklärt. Auch das Recht zu Angriffen aus der Luft auf alles, was als Kraftquelle der feindlichen Kriegsführung gelten kann, ist festgestellt. Der deutsche Weltkrieg entsprach, abgesehen von Belag und Geißkreuz-Granatens, dem Völkerrecht. Aber diese wurden erst verwendet, nachdem das französische Meer mit völkerrechtswidrigen Gasangriffen vorangegangen war. Die Gefangenenbehandlung entsprach an der Front bei keinem Meer ganz den Forderungen des Völkerrechts. Im Wirtschaftskrieg standen sich kontinentale Auffassung, die das Privatvermögen für unantastbar hält, und englische Common Law, das das Privatvermögen vom militärischen Zugriff nicht ausnimmt, gegenüber. Der Ausschuss hält die allgemeine Durchsicht der kontinentalen Auffassung für eine Aufgabe der Weiterbildung des Völkerrechts. In der Behandlung der Doppelverträge ist von beiden Seiten in einzelnen Fällen gegen das Völkerrecht verstoßen worden. Die Zerstörungen bei den deutschen Rückzügen 1917/18 erfolgten aus rein militärischen Erwägungen. Ob die militärische Notwendigkeit in jedem Einzelfall tatsächlich vorlag, konnte nicht mehr geprüft werden.

Der Berichterstatter gibt am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die Ausschussarbeit dazu beitragen werde, der zukünftigen Geschichtsforschung die Feststellung der historischen Wahrheit zu ermöglichen, und daß es der Gemeinschaftsarbeit der Kulturnationen gelingen möge, aus den Erfahrungen des Weltkrieges die zeitgemäße Neubildung des Völkerrechts auf der Grundlage zu neuem Leben zu erwecken. (Beifall.)

Abd. Dr. Veit (Soa.) hält die Feststellungen des Ausschusses in vielen Punkten für unrichtig. Die Deportationen der belagerten Arbeiter seien in keiner Weise zu rechtfertigen. Sie seien nicht einmal von den Militärs, sondern von deutschen Großindustriellen veranlaßt worden. Die Mißhandlung der Nationen in den deutschen Kriegsgefangenenlagern sei eine bewusste Quälerei der Belagerten gewesen, die mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren war. Man dürfe nicht Gefangene bestrafen für die Sünden ihrer Nationen. Das von den Sachverständigen geleistete Material habe sehr zweifelhaften Wert gehabt, einmal der Sachverständigen Dr. Kriege der Hauptverantwortliche für alle Völkerrechtsverletzungen war. Historisch sei der Wert der Feststellungen des Untersuchungsausschusses gleich null, die Wahrheit liege noch immer in den Akten.

Abd. Stöcker (Komm.) führt aus, daß Mißtrauen der Kommunisten in die Arbeit des Ausschusses sei durch das Ergebnis dieser Arbeit noch abgetrieben worden. Der Redner wendet sich besonders gegen die Feststellungen des Ausschusses hinsichtlich des Gaskrieges, des Luftkrieges, des U-Bootkrieges und der Deportationen, auch der Deportationen der Franzosen aus Elsass-Lothringen. Um das Völkerrecht habe sich keiner der Kriegführenden gekümmert, mit den Völkerrechtsverletzungen werde es bei einem neuen Krieg nicht anders gehen.

Abd. Dr. Schilling (Dem.) äußert sich als Ausschussmitglied zu den Anträgen der Abd. Stöcker und Veit. Der Ausschuss habe nicht zu untersuchen gehabt, ob der Krieg mit der nötigen Humanität geführt worden sei. Der Krieg lasse sich nicht humanisieren. Gegen Deutschland sei aber im Krieg eine ausgeübte Propaganda getrieben worden mit der Behauptung, Deutschland und nur Deutschland allein habe sich über alle Regeln des Völkerrechts hinweggesetzt. Wäre dieser Vorwurf berechtigt gewesen, dann hätte die Entente dem deutschen Volk nicht den Wunsch abzuschießen brauchen, daß diese Vorwürfe von einem neutralen Gericht geprüft werden müßten. Der Ausschuss hat sich jedenfalls ehrlich bemüht, die Wahrheit zu finden. Die Angriffe gegen die Sachverständigen müssen entfallen zurückgewiesen werden. Diese Sachverständigen sind vereidigt worden. Der Ausschuss hat auch keineswegs alle Maßnahmen der deutschen Kriegsführung völkerrechtlich gerechtfertigt. Völkerrechtsbrüche der einen Seite rechtfertigen Repressalien von der anderen Seite. Nur unter dem Gesichtspunkt der Repressalien hat der Ausschuss den unbefristeten U-Bootkrieg gebilligt. Wenn man hunderte Tausende deutscher Reisenden im Bande, die nicht Kriegsteilnehmer sind, zum Sterben nötigt durch eine absolut rechtswidrige Hungerblockade, dann ist das Recht zu Repressalien gegeben. (Beifall.)

Abd. Dittmann (Soa.): Zu einer objektiven Prüfung der Tatsachen war der Ausschuss kaum in der Lage, wenn er als Sachverständiger denselben Dr. Kriege wählte, der in diesem Falle der Hauptangeklagte sein mußte. Wenn der Ausschuss seine Aufgabe darin gesehen hat, die Barbarei der deutschen Kriegsführung zu beschönigen, dann liefert er damit nur den französischen Nationalsozialisten Material zu neuer Propaganda gegen Deutschland. Und bei hoch der Kriegsmilitär v. Sein feinerzeit gesagt, daß die Feinde nicht imstande seien, uns die neue Waffe der Giftgasgranaten nachzumachen. Wie will man da von Repressalien reden? Der Bericht des Ausschusses sei eine Täuschung der Öffentlichkeit. Es müsse festgestellt werden, daß nicht der ganze Reichstag hinter dieser Täuschung steht. (Jähren rechts.)

Abd. Dr. Bell (Str.) wendet sich gegen die Ausführungen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Manche dieser Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, daß wir uns nicht in einem deutschen Parlament befinden. (Marx links.) Die Kritik war von keinerlei Sachkenntnis getrieben. Der Ausschuss hat sich der größten Objektivität befleißigt. Die ungerichteten Angriffe gegen die Sachverständigen verdienen die schärfste Zurückweisung. Es scheint fast, daß es hier Kreise gibt, denen das Ergebnis der Untersuchung unangenehm geworden ist. Die hier geleistete Kritik ist dem Ansehen der deutschen Republik sicher nicht förderlich gewesen. (Beifall b. d. bürgerl. Parteien.)

Abd. Stöcker (Komm.) bestreitet die Objektivität des Abd. Dr. Bell. Die Kommunisten hätten den Willen, den Krieg überhaupt zu befeitigen. Sie hätten sich den englischen, französischen und italienischen Vorkriegern eng verbunden als den deutschen Ausbeutern.

Abd. Dittmann (Soa.) bezeichnet die Antwort des Abd. Dr. Bell als eine "patriotische Pause", die für seine Auffassung von objektiver Untersuchung bezeichnend sei.

Abd. Dr. Schilling (DVP.) bemerkt dem Abd. Stöcker gegenüber, sein Sozialismus nehme sich selbst am angeführten der Politik der russischen Kommunisten. Abd. Dittmann sei in seinen Ausführungen keineswegs objektiv gewesen, sondern habe geradezu der gegnerischen Propaganda Material geliefert.

Abd. Dr. Veit (Soa.) erklärt, der Ausschuss habe durch die Art seines Vorgehens die mühevollen und kostspielige Arbeit selbst entwertet.

Abd. Nibel (Komm.) wirft dem Ausschuss Feindschaft vor. Er wird dafür vom Vizepräsident Dr. Richter zur Ordnung gerufen.

Abd. Dr. Rühl (Dem.) steht in der Aussprache einen Beweis dafür, wie schwierig es für ein Parlament sei, über historische Tatsachen zu entscheiden. Die Arbeit des Ausschusses hätte jedenfalls eine gerechtere Würdigung verdient. Die Debatte könne leicht im Ausland den falschen Eindruck

erwecken, als seien die Deutschen die Hauptschuldigen im Krieg gewesen.

Damit schließt die Beratung.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz über den

### Kleinwohnungsbau.

Der Ausschuss beantragt die Einführung einer Bestimmung, wonach 10 Millionen dem Ausschuss für Arbeiten und Berichte zur Berücksichtigung und Verbesserung des Wohnungsbauwesens überwiesen werden sollen.

Die Novelle wird mit dem Ausschussantrag beibehalten in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Hierauf wird die gestern begonnene Beratung der kommunikativen Anträge zur

### Krisenfürsorge

fortgesetzt.

Abd. Becker-Dörbern (Soa.) begründet hierzu eine sozialdemokratische Interpellation, in der der Reichsarbeitsminister ersucht wird, die geplante Aufhebung der Krisenfürsorge zu unterlassen und seine Verordnung zurückzuziehen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, seine Verordnung auf Einschränkung der Krisenfürsorge sei bestimmt worden von der Rücksicht auf die Bekämpfung des Arbeitsmarktes. An eine Aufhebung der Krisenfürsorge habe kein Reich gedacht. Die Einschränkung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung für einzelne Berufe auf 26 Wochen habe sich aus der Gesetzesbestimmung ergeben, daß eine Ausdehnung auf 39 Wochen nur für Berufe mit besonders ungünstigen Verhältnissen gegeben sei. Die Verhältnisse in den drei von der Verordnung betroffenen Berufen hätten sich aber günstig entwickelt.

Der Minister sucht das aus der Arbeitslosenunterstützung nachzuweisen. Im Spinnstoffgewerbe bestreite geradezu eine Postkonjunktur und es zeige sich dort bereits ein Mangel an Facharbeitern. Im Fernleitungs- und Fernschiffbau und in der Gärtnerei liege es ähnlich. Eine besondere Ungunst des Arbeitsmarktes, die das Gesetz zur Voraussetzung der längeren Bezugsdauer macht, liege also in den drei Berufen nicht vor und das Ministerium sei demnach zu seiner Maßnahme geistlich verpflichtet gewesen. Dem Wesen der Erwerbslosenunterstützung entspreche es, wenn die Bezugsdauer der Lage des Arbeitsmarktes gemäß beweglich gehalten wird. Wenn die Maßnahme für einzelne besonders lange Zeit erwerbslose Personen eine Härte bedeute, so lasse sich das bei keiner gesetzlichen Maßnahme vermeiden. Sollte ein einzelner Zweig eines Gewerbes besonders ungünstige Verhältnisse haben, so werde dieser Zweig aus der Verordnung ausgenommen werden.

Der Minister geht dann auf die zwischen vom Reichstag aufgehobene Verordnung zur Krisenfürsorge ein. Diese Verordnung würde zu einer neuemwertigen Belastung der öffentlichen Fürsorge nicht geführt haben, auch nicht zu einer Beeinträchtigung des Finanzhaushalts. Gebeir werde die Krisenfürsorge vielfach zu Zwecken benutzt, für die sie nicht bestimmt sei. Ein erheblicher Teil der Krisenunterstützung beziehe außerdem Invaliden, Unfälle oder sonstige Sozialrenten. Die Krisenfürsorge dürfe nicht mit Aufgaben der allgemeinen Wohlfahrtsfürsorge belastet werden. Beim demnächstigen Ablauf der Krisenfürsorge werde eine grundsätzliche Erörterung aller dieser Fragen notwendig sein.

Der Minister bittet um Ablehnung der kommunikativen Anträge.

Abd. Jäger (Dem.) erklärt, seine Freunde würden dem kommunikativen Antrag zustimmen, der die Aufhebung der Verordnung über die Einschränkung der Höchstbezugsdauer im Spinnstoff-, Fernleitungs- und Gärtnereigewerbe verlangt.

Der kommunikativen Antrag wird darauf gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Um 19<sup>15</sup> Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 19 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: Das Jänndholmonopol und kleinere Vorlagen.

### Die Finanzministerkonferenz.

Berlin. (Telunion). Amtlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen Dr. Brücker fand im Reichskanzleiministerium eine Zusammenkunft der Finanzminister der Länder statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem zur Zeit dem Reichskabinett vorliegenden Entwurf des Steuervereinfachungs-Gesetzes, seinen Aufbau und seinen wesentlichen Inhalt. Ueber die Ziele und Grundzüge des Entwurfes bestand in weitem Umfang Übereinstimmung. Im übrigen fand eine von gegenseitigem Vertrauen getragene Aussprache über eine Reihe von Einzelfragen statt. Es wurde in Aussicht genommen, die Einzelheiten der vorgeschlagenen Regelung mit den Sachgelehrten der Länder weiter zu erörtern und dadurch die Einmütigkeit der Linie für die weitere Behandlung der Angelegenheit zu sichern.

### Deutsche Beschwerde über Litauen.

Berlin. Wie der "Lokalanzeiger" meldet, hat sich die Reichsregierung entschlossen, beim Völkerbund in aller Form Beschwerde über das wirtschaftliche Verhalten Litauens zu erheben.